

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Bildung trotz Pandemie garantieren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat stellt den Schulbetrieb auch bei anhaltender Pandemie durch Maßnahmen, die bereits vorhandene Hygiene- und Raumkonzepte ergänzen, verantwortungsbewusst sicher:

1. Ab 18. Januar 2021 werden Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 4 der Grundschule mit ggf. reduzierten (halbierten) Klassenstärken mit mindestens drei Stunden täglich im Präsenzunterricht, in den Jahrgangsstufen 5 und 6 bei einer 7-Tage-Inzidenz von über 50 je 100.000 im Wechselunterricht mit ggf. reduzierten (halbierten) Klassenstärken beschult.
2. Alle Schülerinnen und Schüler tragen während des Präsenzunterrichts in den Klassenräumen Mund-Nase-Schutz.
3. Die Arbeitsbereiche der Lehrkräfte (Pulte) werden zum Schutz vor Aerosolen mit transparenten Elementen („Kunststoffkabinen“) versehen, wenn der Mindestabstand zur Klasse nicht mindestens 1,5 Meter beträgt. Lehrkräfte mit Vorerkrankungen oder über 60 Jahre sollen den Präsenzunterricht assistiert durch z.B. eine pädagogische Kraft im Klassenraum vor Ort per Livestream von ihrem Zuhause aus leiten können. Die Lehrkräfte werden angemessen mit FFP-2-Masken ausgestattet.
4. Wo die räumlichen Voraussetzungen für den erforderlichen Mindestabstand im Unterrichtsraum nicht gegeben sind, werden kurzfristig schulnahe corona-bedingt ungenutzte Raumreserven in Gemeindezentren, Kultureinrichtungen (Bibliotheken, Kinos, Theater) oder Vereinsheimen erschlossen um räumlich entzerrten Unterricht zu gewährleisten.
5. Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II insbesondere in abschlussrelevanten Jahrgängen werden bis zum Rückgang der Inzidenzzahlen auf 50 je 100.000 Einwohner im Wechselunterricht und bei einer Inzidenz ab 100 je 100.000 Einwohnern in schulisch angeleiteten Lernen auf Distanz zu Hause unterrichtet.

6. Ab 18. Januar 2021 wird der Betrieb der Berliner Kitas bedarfsgerecht und verantwortungsbewusst wiederaufgenommen, um dem gesetzlichen Anspruch auf frühkindlichen Bildung und Betreuung gerecht zu werden. Der Kita-Besuch soll allen Kindern ermöglicht werden, deren Eltern dafür bei sich Bedarf erkennen. Eine Überprüfung des Bedarfs soll nicht stattfinden. Zur Kinderbetreuung sollen bei hoher Inzidenz (100 je 100.000 Einwohner) stabile Verbände mit gleichbleibender Zusammensetzung sog. „redundanten Gruppen“ gebildet werden (in denen z.B. auch Geschwisterkinder zusammen betreut werden können), die in den Kita-Gebäuden und auch deren Außenanlagen räumlich abgegrenzt betreut werden. Wo die Kitakapazitäten räumlich und personell für den erweiterten Betrieb noch nicht ausreichen, ist die Betreuung in Kohorten zu organisieren.
7. Für ein belastbares Lagebild und evidenzbasierte Entscheidungen im Schulbereich werden zeitnah alle Berliner Schülerinnen und Schüler, sowie das Schulpersonal (ggf. „gepoolt“), auf Corona-Antigene getestet. Bei hohen Infektionswerten (100 je 100.000 Schülerinnen und Schüler) wird er auf den Bereich der Kitas ausgedehnt. Diese Massen-Schnelltests werden bei anhaltend hoher Inzidenz (über 100 je 100.000 Einwohner) nach der ersten Durchführung zweimal wöchentlich wiederholt.
8. Die Maßnahmen gelten bis zum 28. Februar 2020. Die Rückkehr in den Regelbetrieb für alle Schülerinnen und Schüler kann auch vorher erfolgen, sobald der Inzidenzwert mindestens sieben Tage stabil unter 50 je 100.000 Einwohner liegt.

Begründung

Die aktuellen Infektionszahlen bei nicht vulnerablen Gruppen lassen einen Schulstart mindestens im Wechselmodell zu.

Eine Verlängerung der unterrichtsfreien Zeit oder weitere Schulschließungen wären fatal für die Schülerinnen und Schüler, die bereits in den letzten Monaten der Pandemie von harten Einschnitten betroffen waren. Die bildungs- und sozialpolitischen Folgen der ersten Schulschließungen waren gravierend. Berlin hat zu wenig unternommen, um zu verhindern, dass ähnliche Auswirkungen wieder eintreten.

Auch unter der Belastung der Pandemie muss der Staat beste Bildung garantieren. Er muss seine Verantwortung für das Bürgerrecht auf Bildung sehen diese nicht an die Eltern schulpflichtiger Kinder delegieren.

Es ist absehbar, dass die Pandemie noch weit in das Jahr 2021 hinein anhalten wird. Der Senat muss seinen Bildungsauftrag pandemiefest machen und ernst nehmen.

Ein weiteres Aussitzen der Pandemie in der Bildungspolitik geht zulasten der Zukunftschancen der Schülerinnen und Schüler in Berlin. Es gefährdet auch die Erwerbschancen und Leistungsfähigkeit berufstätiger Elternteile, insbesondere von Frauen, die ihre Existenz in selbständiger, aber auch abhängiger Beschäftigung sichern und damit zur Stabilität des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges Berlins beitragen.

Berlin, 5. Januar 2021

Czaja, Fresdorf
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin